

# ÜBER DIE BEFINDLICHKEITEN DES DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN PAARES ZWEI JAHRZEHNTE NACH DER WIEDERVEREINIGUNG

*Jörg Wolff / Laura-Theresa Jaspers*

Deutschland und Frankreich sind in vielfältiger Weise und mit engmaschigen Netzwerken verbunden. Dies gilt für den politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Bereich wie für die kulturellen und zivilgesellschaftlichen Ebenen. Dabei kommt der politischen Zusammenarbeit mit ihren umfassenden Abstimmungs- und Kooperationsmechanismen im internationalen Vergleich eine einzigartige Stellung zu. Die gegenseitige Verflechtung zwischen beiden Nachbarländern ist tiefer als mit irgendeinem anderen Staat. Sie ist langfristig-strategisch angelegt und prägte in der Vergangenheit entscheidend den europäischen Integrationsprozess. Insoweit ist es nachvollziehbar, wenn die bilateralen Beziehungen als „deutsch-französisches Tandem“, als „europäischer Motor“ oder als „Schwungrad für Europa“ bezeichnet werden. Die deutsch-französische Aussöhnung war am Ende des Zweiten Weltkrieges alles andere als selbstverständlich. Sie stellt in ihrem Ergebnis eine herausragende politische Leistung von geschichtlichem Format dar. An ihre Grundlagen ist besonders in Zeiten gelegentlicher Irritationen und Missverständnisse zwischen beiden Ländern immer wieder zu erinnern.

## ENTWICKLUNGSPHASEN DER DEUTSCH-FRANZÖSISCHEN BEZIEHUNGEN

Die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg werden in der Regel in drei Phasen eingeteilt. Die erste Periode war von der Versöhnung beider Länder und ihrem Ausgleich geprägt und mit dem europäischen Neubeginn verbunden. Dafür steht die historische



Jörg Wolff ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Paris.



Laura-Theresa Jaspers studiert Romanistik in Dresden und war von April bis Juli 2010 im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Paris tätig.

Unterzeichnung des Élysée-Vertrages 1962. Es folgten Jahrzehnte der Institutionalisierung und Dynamisierung der bilateralen Zusammenarbeit und des weiteren Aufbaus der Europäischen Gemeinschaft. Diese zweite Phase dauerte bis zur deutschen Wiedervereinigung 1990. Die darauf

**Die Sicht der krisenreichen Vierten Republik (1948 bis 1956) auf den deutschen Nachbarn war von vorsichtigem Misstrauen, Sicherheitserwägungen und Kontrollabsichten geprägt.**

aufbauende europäische Osterweiterung, die Jahre von Maastricht bis zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion mit ihrem Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik charakterisieren bis heute die dritte Phase der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Eine vierte Phase, an deren Beginn wir gegenwärtig stehen, wird sich vermehrt mit der Weiterentwicklung einer gemeinsamen Politikgestaltung auf bilateraler Ebene befassen müssen. Daneben gilt es, eine tragfähige Übereinstimmung für die Umsetzung des Vertragswerkes von Lissabon zu erzielen, europäische Handlungsoptionen für die Gestaltung einer internationalen Ordnung zu finden und insgesamt die Frage der Rolle Europas in einer neuen multipolaren Welt überzeugend zu beantworten.

### **DER BEGINN: EUROPA ALS GEBURTSHELFER**

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war nach den beiden Weltkriegen ein starker Antagonismus fest im kollektiven Bewusstsein der beiden Völker verankert, der sich auch in dem Begriff „Erbfeindschaft“ äußerte.<sup>1</sup> So war die Sicht der krisenreichen Vierten Republik (1948 bis 1956) auf den deutschen Nachbarn von vorsichtigem Misstrauen, Sicherheitserwägungen und Kontrollabsichten geprägt. Man fürchtete ein Erstarken des Nachbarn und damit eines neuen Nationalismus. Daher war Paris zunächst bestrebt, Deutschland durch eine verstärkte Föderalisierung zu kontrollieren. Die westlichen Siegermächte, insbesondere die USA, forderten wegen des Koreakrieges und des Beginns des Kalten Krieges jedoch eine rasche Integration Deutschlands in die westliche Gemeinschaft. Auf dieser Grundlage strebte Frankreich in seiner Europapolitik

1 | Vgl. Wolfram Vogel, „Die deutsch-französischen Beziehungen“, in: Adolf Kimmel und Henrik Uterwedde (Hrsg.), *Länderbericht Frankreich. Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2005), 419.

Sicherheit gegenüber Deutschland durch Einbindung und Kontrolle an und versuchte gleichzeitig, seine eigene Führungsrolle in Westeuropa auszubauen. Jedoch konnte nur die Lösung der für Frankreich essenziellen Themen wie die Kontrolle des Ruhrgebietes, die Saarfrage und die Sorge vor einer deutschen Wiederbewaffnung den Weg für eine deutsch-französische Versöhnung ebnen.<sup>2</sup> Dem kam auch die Bildung einer Föderation europäischer Staaten entgegen, die 1949 in Form des Europarats gelang.

**Trotz des Scheiterns einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wurde das Ziel eines vereinten Europas und der deutsch-französischen Annäherung in Deutschland vor allem durch Konrad Adenauer weiterverfolgt.**

Ein weiterer Impuls erfolgte durch den Vorschlag Robert Schumans vom 9. Mai 1950, durch eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) die gesamte deutsche und französische Montanindustrie zusammenzufassen und einer gemeinsamen Aufsichtsbehörde zu unterstellen. Er wurde 1951 als Montanunion unter Einbezug der Benelux-Staaten und Italiens verwirklicht. Dadurch konnten Frankreich und Deutschland „ihre Länderbeziehung auf den gemeinsamen Bezugspunkt einer neu zu schaffenden Europäischen Gemeinschaft ausrichten“<sup>3</sup>. Frankreich suchte durch dieses Projekt maßgeblich sicherheitspolitische Interessen umzusetzen, während Deutschland darin eine Möglichkeit sah, auf europäischer Ebene schrittweise seine Souveränität zurückzuerlangen und einen wichtigen Schritt der Westbindung zu vollziehen. Trotz des Scheiterns einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wurde das Ziel eines vereinten Europas und der deutsch-französischen Annäherung in Deutschland vor allem durch Konrad Adenauer weiterverfolgt.

Mit der Wiederangliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik nach einer Volksabstimmung 1955 war der Weg für eine volle Aussöhnung beider Staaten frei. Trotz der krisenreichen letzten Jahre der Vierten Republik konnten nach der Bildung der Euratombehörde die Römischen Verträge unterzeichnet werden, welche die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) als Kern der heutigen Europäischen Union (EU) errichteten. Die deutsch-französischen Beziehungen wurden in diesem Zeitraum auf beiden Seiten des Rheins primär als nötiges Werkzeug für

2 | Vgl. Vogel (2005), 420.

3 | Ebd., 420.

die Ausgestaltung der europäischen Einigung verstanden. Die Fünfte Republik (seit 1958) wurde in den ersten elf Jahren von der Persönlichkeit Charles de Gaulles dominiert. Seine Außenpolitik war durch die Aufrechterhaltung einer weitgehenden Unabhängigkeit Frankreichs gekennzeichnet. Er sprach sich gegen die Abgabe von Souveränitätsrechten an die EWG aus und verfolgte das Ziel eines „Europas der Vaterländer“. Folgerichtig zog er Frankreich aus den Strukturen der NATO zurück und baute eine eigene Atomstreitmacht auf. Bereits 1958 lud er Konrad Adenauer nach Colombey-les-Deux-Églises ein, wo beide die Grundlagen für eine stärkere bilaterale Zusammenarbeit und Aussöhnung legten.<sup>4</sup> Es war der Ausgangspunkt einer engen Annäherung beider Länder.

**Die enge Annäherung beider Länder fand ihren Abschluss im „Élysée-Vertrag“. Er symbolisierte die Versöhnung beider Völker als geschichtliches Ereignis.**

Sie fand ihren Abschluss im „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit“, der seither nach dem Dienstsitz des französischen Präsidenten „Élysée-Vertrag“ genannt wird. Er markierte „sowohl das Ende als auch den Anfang einer Entwicklung“<sup>5</sup> und symbolisierte die Versöhnung beider Völker als geschichtliches Ereignis. Er setzte die Erkenntnis beider Staatsmänner um, dass beide Völker solidarisch miteinander verbunden sein müssen und eine enge Zusammenarbeit ein unerlässlicher Teil des Weges zu einem vereinten Europa sei. Wie Konrad Adenauer selbst in seinen Erinnerungen ausführt, werde dieser Vertrag von der Geschichtsschreibung als eines der wichtigsten und wertvollsten Vertragswerke der Nachkriegszeit bezeichnet.

### **DER ELYSÉE-VERTRAG: FUNDAMENT FÜR VERSÖHNUNG UND ZUKUNFT**

Ob der Élysée-Vertrag im Sinne Charles de Gaulles als Gegengewicht gegen die beiden Supermächte gedacht war oder nicht bzw. ob er mit ihm ein vereinigtes Europa unter französischer Führung anstrebte, ist unerheblich. Denn

4 | Vgl. Ernst Weisenfeld, „Deutsch-Französische Beziehungen 1945-2007“, in: Ingo Kolboom, Thomas Kotschi und Edward Reichel (Hrsg.), *Handbuch Französisch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft. Für Studium, Lehre, Praxis* (Berlin: Erich Schmidt Verlag, 2008), 680.

5 | Vogel (2005), 422.

der Vertrag gestaltet bis heute grundlegend das Verhältnis beider Länder zueinander und er legte das organisatorische und programmatische Fundament für eine enge bilaterale Zusammenarbeit und Abstimmung. Seine Forderung nach regelmäßigen Konsultationen und Koordinationen zur Behandlung von Fragen „von gemeinsamem Interesse“ soll „soweit wie möglich zu einer gleichgerichteten Haltung“ führen. Rückblickend liegt die Bedeutung des Vertrags heute vor allem in der Erkenntnis, dass unterschiedliche Positionen und Interessen beider Länder ein gemeinsames Handeln nicht verhindern, sondern tragbare Konsense und damit sinnvolle Politikoptionen ermöglichen. In diesem Sinne drückte und drückt er den gemeinsamen Willen beider Länder aus, das gegenseitige Verständnis zu vertiefen, die Kooperation zu institutionalisieren und auszubauen. Dies hat sich in der Folge als Stabilisierungs- und Vertrauensfaktor für die deutsch-französische Partnerschaft erwiesen und wurde von allen Regierungen, unabhängig von parteipolitischen Richtungen, auch als Verpflichtung betrachtet.

Der Vertrag legte die Zusammenarbeit in Bereichen der auswärtigen Angelegenheiten, der Verteidigung sowie in Erziehungs- und Jugendfragen fest. Von zentraler Bedeutung haben sich die bilateralen Treffen zwischen Staats- und Regierungschefs erwiesen, die mindestens zweimal jährlich stattfinden und einen strukturbildenden Charakter für das deutsch-französische Verhältnis angenommen haben. Sie haben ferner zu vielen Gemeinschaftsprojekten geführt. Darüber hinaus hat sich auf der Grundlage des Vertrags, wie zu Recht in einer im Mai erschienenen KAS/Ifri-Studie zu den deutsch-französischen Beziehungen festgestellt wurde, „von Gipfel zu Gipfel und Jahrestag zu Jahrestag eine Vielfalt an Kooperationsstrukturen zwischen den Regierungen, den Behörden, den Ministerien und den Zivilgesellschaften entwickelt, die in der Welt einzigartig ist“.<sup>6</sup>

**Von zentraler Bedeutung haben sich die bilateralen Treffen zwischen Staats- und Regierungschefs erwiesen, die mindestens zweimal jährlich stattfinden und einen strukturbildenden Charakter für das deutsch-französische Verhältnis angenommen haben.**

6 | Hans Stark, „Rück- und Ausblick: Frankreich – Deutschland, eine komplexe Beziehung“ in: Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich (Hrsg.), *Deutschland – Frankreich: Fünf Visionen für Europa / France – Allemagne: Cinq visions pour l'Europe* (Paris: Konrad-Adenauer-Stiftung, 2010), 25.

## DIE ZUSAMMENARBEIT IM WANDEL DER ZEITEN

Der Ausbau des Vertrags stand in der Folge zunächst im Mittelpunkt der Beziehungen, wenngleich von Frankreich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre „gemeinsame Aktionen“ angemahnt wurden. Unter der Präsidentschaft von Georges Pompidou verzeichnete der deutsch-französische Bilateralismus kaum Aufwind. Die Ostpolitik von Willy Brandt weckte Befürchtungen, dass die Bundesrepublik sich nach Osten orientieren könnte und Frankreich nicht in diese neue Phase der europäischen Politik einbezogen sei. In der Zwischenzeit hatte sich auch die wirtschaftliche Bedeutung zugunsten Deutschlands verschoben und damit das in französischen Augen wichtige „relative Gleichgewicht“<sup>7</sup> verändert. Die Währungspolitik sowie die Zukunft des Gemeinsamen Agrarmarktes ergaben weitere Unstimmigkeiten. Dennoch konnten bemerkenswerte Vereinbarungen abgeschlossen werden, so die gemeinsame Produktion des Airbus (1969), die Errichtung deutsch-französischer Gymnasien und 1972 die Einführung des deutsch-französischen Abiturs.

**Als günstiger Faktor kamen mit Valéry Giscard d’Estaing und Helmut Schmidt nahezu gleichzeitig zwei Politiker an die Macht, die sich kannten – und schätzten.**

Die zweite bedeutende Phase der deutsch-französischen Zusammenarbeit begann in den siebziger Jahren vor dem Hintergrund der ersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit und der Neuordnung des internationalen Währungssystems. Als günstiger Faktor für das deutsch-französische Verhältnis kamen mit Valéry Giscard d’Estaing und Helmut Schmidt nahezu gleichzeitig zwei Politiker an die Macht, die sich bereits aus ihren vorigen Funktionen als Finanzminister kannten – und schätzten. Die Zugkraft dieses „Tandems“ konzentrierte sich auf bemerkenswerte wirtschaftliche, europäische und internationale Initiativen mit bleibender Substanz: Abstimmung der ökonomischen Entwicklung beider Länder mit Blick auf eine künftige europäische Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), Schaffung des europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs, Errichtung eines Weltwirtschaftsgipfels (G7) und Einführung des Europäischen Währungssystems (EWS).<sup>8</sup>

7 | Vgl. Vogel (2005), 424 ff.

8 | Ebd., 425.

Das deutsch-französische Verhältnis war zu Beginn der achtziger Jahre von der internationalen sicherheitspolitischen Lage bestimmt, die von dem Doppelbeschluss der NATO (1979) dominiert war und zu einer Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen führte. Der Nachrüstungsbeschluss komplizierte zunächst die Beziehungen, da beide Länder unterschiedliche sicherheitspolitische Konzeptionen vertraten. 1982 fanden die 40. deutsch-französischen Konsultationen erstmals zwischen François Mitterrand und Helmut Kohl statt. Sie beschlossen eine aktive bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Beide Seiten betonten das Festhalten an beiden Teilen des NATO-Doppelbeschlusses, keine Einbeziehung der französischen Nuklearstreitkräfte in die Rüstungskontroll-Verhandlungen und die Fortsetzung des KSZE-Prozesses. Anlässlich der Feier des 20. Jahrestages des Élysee-Vertrags sicherte der französische Präsident in einer aufsehen erregenden Rede im Bundestag der Bundesregierung seine Unterstützung bei der Durchsetzung des Doppelbeschlusses zu.

Dies entspannte das deutsch-französische Verhältnis. In einer bewegenden Zeremonie bei einem Besuch der Schlachtfelder von Verdun 1984 erklärten François Mitterrand

**Frankreichs Reaktionen auf die Wiedervereinigung blieben verhalten. Die französische Regierung übte sich in einer „Verzögerungstaktik“.**

und Helmut Kohl, dass „beide Völker unwiderruflich den Weg des Friedens, der Vernunft und der freundschaftlichen Zusammenarbeit eingeschlagen haben“. 1986 vereinbarten beide Regierungen den Ausbau der außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit, der 1987 durch eine Deutsch-Französische Brigade und 1988 durch die Einrichtung des „Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats“ ergänzt wurde.

## **DIE AUSWIRKUNGEN DER WIEDERVEREINIGUNG**

Die Umwälzungen in Europa kündigten auch für das deutsch-französische Verhältnis eine weitere Verschiebung der Machtbalance an. Frankreichs Reaktionen auf die Wiedervereinigung blieben zunächst auf offizieller Seite verhalten. Die französische Regierung übte sich in einer „Verzögerungstaktik“<sup>9</sup>. Von deutscher Seite hätte man eine klare, spontane Unterstützung sicherlich begrüßt,

aber das Zögern Mitterrands hinterließ in Deutschland, im Gegensatz zu auch heute noch in Frankreich anzutreffenden Befürchtungen, keine tieferen Spuren – zumal Paris letztendlich die deutsche Einheit voll unterstützte.<sup>10</sup>

Negativer wirkten sich indes Mitterrands Europapolitik und die damit verbundene Absicht aus, Deutschland zu kontrollieren. Während die Nachbarländer zuvor noch als der Motor Europas anerkannt wurden, schienen sie sich nun von der europäischen Baustelle zu entfernen.

**Nach deutsch-französischen Unstimmigkeiten im Zuge der Nominierung des ersten Präsidenten der EZB ging das Projekt einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf eine britisch-französische und keine deutsch-französische Initiative zurück.**

Im September 1992 scheiterte in Frankreich nahezu das Referendum zum Vertrag von Maastricht und auch in Deutschland mehrten sich kritische Stimmen gegenüber der Gemeinschaftswährung.<sup>11</sup> Letztendlich wurde die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion dann vor allem durch andere EU-Staaten vorangetrieben. Der bittere Streit um die deutsche Forderung eines Stabilitätspaktes 1996/1997 zeugte zudem von mangelnder deutsch-französischer Partnerschaft.

Nach der Gründung des Weimarer Dreiecks 1991 und der Ratifizierung des Vertrages von Maastricht 1993 wurzelten die deutsch-französischen Unstimmigkeiten in den unterschiedlichen Haltungen gegenüber der Osterweiterung. Während auf deutscher Seite der Zehn-Punkte-Plan die Offenheit der Europäischen Gemeinschaft vor allem für ehemalige Ostblockstaaten, aber auch für Südeuropa forderte, zeigte sich Paris in punkto Osterweiterung eher reserviert. Divergierende Auffassungen zwischen beiden Regierungen machten eine Klärung der Frage nach EU-Institutionen bei den Beratungen, die dem Vertrag von Amsterdam 1997 vorausgingen, nicht möglich. Nach erneuten deutsch-französischen Unstimmigkeiten im Zuge der Nominierung des ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) 1998 ging schließlich das Projekt einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) auf eine britisch-französische und keine deutsch-französische Initiative zurück.

10 | Vgl. Stark (2010), 18.

11 | Ebd., 18.

Vor dem Hintergrund der Verbesserung des bilateralen Verhältnisses zwischen Jacques Chirac und Gerhard Schröder wurde ein gemeinsamer Konsultationsmechanismus etabliert, der informelle Abstimmungen als „Blaesheim-Treffen“ in regelmäßigen zeitlichen Intervallen von sechs bis acht Wochen vorsieht. Diese Neubelebung der bilateralen Beziehungen brachte gemeinsame Initiativen innerhalb des Europäischen Konvents zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, zur Wirtschafts- und Ordnungspolitik, den Bereichen Inneres und Justiz sowie zur institutionellen Ordnung der EU hervor. 2003 wurde das Verfassungsprojekt verabschiedet. Somit gaben Deutschland und Frankreich wiederum gemeinsam wichtige Impulse im Rahmen der Debatte um die EU-Verfassung.

**Das gescheiterte EU-Referendum in Frankreich im Mai 2005, die statische Endzeit Chiracs, die vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005 sowie die darauf folgende Große Koalition kultivierten vorerst keinen günstigen Nährboden für den deutsch-französischen Dialog.**

Die von Frankreich sorgenvoll erwartete EU-Osterweiterung lief 2004 reibungslos. Die Zugkraft des deutsch-französischen Tandems konstituierte sich aber vor allem in dem gemeinsamen Widerstand gegen die amerikanische Intervention im Irak. In Europa standen Deutschland und Frankreich isoliert da – Alfred Grosser bezeichnete beide Länder damals als „Lokomotive ohne Anhänger“.

Vor diesem Hintergrund bemühte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel um einen Balanceausgleich, um die „traditionelle Äquidistanz zwischen Berlin, Paris und Washington“<sup>12</sup> wiederherzustellen. Das gescheiterte EU-Referendum in Frankreich im Mai 2005, die statische Endzeit Chiracs, die vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005 sowie die darauf folgende Große Koalition kultivierten vorerst keinen günstigen Nährboden für den deutsch-französischen Dialog. Bis 2007 wurde zwischen den beiden Staaten kaum eine nennenswerte EU-Vereinbarung vorangetrieben.

## **DIE GEGENWART: NOTWENDIGKEIT EINER NEUEN VISION?**

Die Wahl Nicolas Sarkozys als Staatspräsident im Mai 2007 brachte eine Stabilisierung der innenpolitischen Lage Frankreichs und den französischen Vorschlag eines vereinfachten, aber die Substanz wahrennden EU-Vertrages, welcher der beginnenden EU-Krise eine Lösung bot,<sup>13</sup> und rettete somit den Vertrag von Lissabon.

Eine neue Dynamik entstand hieraus für das deutsch-französische Tandem allerdings nicht – zu viele Steine lagen noch auf seinem Weg. Verschiedene Regierungsstile im Élysée-Palast und im Kanzleramt erschwerten oft den Dialog, das französische Projekt einer von der EU-27 finanzierten Mittelmeerunion, die aber nur Mittelmeeranrainern offen stehen sollte, wurde von Deutschland im Frühjahr 2008 abgelehnt. Während Frankreich sich von deutsch-russischen Annäherungsprozessen wie der Siemens-Rosatom-Kooperation oder dem Einstieg Gerhard Schröders bei Gazprom beunruhigt zeigte, schien auch Frankreich über einen eventuellen Partnerwechsel nachzudenken, indem mit Großbritannien ein gemeinsamer Fahrplan gegen die Krise angestrebt wurde.

**Unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise ist im Jahr 2009 die Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit ein vordringliches Anliegen geworden.**

Der 20. Jahrestag des Mauerfalls wurde jedoch auf der Pariser Place de la Concorde mit aufrichtiger Freude und beeindruckender Atmosphäre gefeiert, was in Deutschland aufmerksam registriert wurde. Genau so aufmerksam registriert wurde in Frankreich demgegenüber auch die Anwesenheit der Bundeskanzlerin bei den Feierlichkeiten zum 11. November 2009, dem Tag des *armistice*, in Paris.

Unter dem Eindruck der Finanz- und Wirtschaftskrise ist im Jahr 2009 die Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit ein vordringliches Anliegen geworden. Sie hat in beiden Ländern wohl die Überzeugung gefestigt, dass nationale Alleingänge ein Irrtum wären. Sie hat jedoch einmal mehr deutsch-französische Unterschiede in Diagnose und Therapie verdeutlicht, die zu einer sehr kritischen Berichterstattung in Frankreich führten. Trotz unterschiedlicher wirtschaftlicher Strukturen hängen beide Länder in ihrem

Wachstum von einer freien, aber geregelten Marktwirtschaft ab, die sozialen Zusammenhalt ermöglicht und auf einem geordneten internationalen System beruht.

Innerhalb der letzten Monate haben beide Regierungen bedeutende Sparpakete vorgestellt und ihren Willen bekräftigt, bis 2013 die Konvergenzkriterien des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts wieder einzuhalten. Auch zu dem von Deutschland zunächst skeptisch betrachteten französischen Projekt einer europäischen Wirtschaftsregierung fanden Merkel und Sarkozy Mitte Juni 2010 einen Kompromiss. Nur wenig verstanden wird indes, dass Deutschland eine eher marktwirtschaftlich-ordnungsrechtliche und Frankreich eine mehr interventionistisch orientierte Wirtschaftspolitik verfolgen.

Die deutsch-französische Agenda 2020, die im Rahmen des 12. Deutsch-Französischen Ministerrats am 4. Februar 2010 in Paris vorgestellt wurde, signalisiert, dass dies ein neuer Anfang einer sich über ein Jahrzehnt erstreckenden Kooperation ist. Mit 80 konkreten Vorhaben in sechs wichtigen Bereichen der bilateralen Zusammenarbeit sollen deutsch-französische, vor allem aber auch europäische Projekte vorangebracht werden.

### **RÜCKKEHR ZUR NORMALITÄT: EXKURS ZUM FRANZÖSISCHEN DEUTSCHLANDBILD**

Bei dem Rückblick auf die deutsch-französischen Beziehungen wird deutlich, dass das bilaterale Verhältnis teilweise starken Turbulenzen ausgesetzt war. Dies beeinflusste verständlicherweise auch die gegenseitige Wahrnehmung.

**Franzosen neigen zur Vorsicht. Die Wurzeln ihres Sicherheitsbedürfnisses gehen zurück in die frühe Geschichte Frankreichs, als das Land um die Festigung seiner Mittellage bemüht war.**

Um das aktuelle französische Deutschlandbild nachvollziehen zu können, ist ein Blick in die Geschichte unerlässlich. So spielte historisch der Sicherheitsgedanke im französischen Volksbewusstsein eine wichtige Rolle. Franzosen neigen zur Vorsicht. Die Wurzeln ihres Sicherheitsbedürfnisses gehen zurück in die frühe Geschichte Frankreichs, als das Land, umklammert von den beiden Habsburgischen Mächten, um die Festigung seiner Mittellage bemüht war. Von Richelieu über Turenne, Danton bis zu Clemenceau

und Poincaré wurde versucht, durch vorgeschobene territoriale Sicherheitsgrenzen das Kernland vor Angriffen zu schützen. Diesem Ziel dienten auch die politischen Bündnisse des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Beides war das Ergebnis der historischen individuellen und politischen Sicherheitshaltung, die vor allem auch aus einer Angst vor Deutschland entstanden war.

Nach dem Ersten Weltkrieg basierte das französische Deutschlandbild auf diesem Sicherheitsmotiv. Dabei trafen zwei innerfranzösische Konzepte aufeinander: Die politische Rechte strebte einen Ausbau der aus Zeiten des Versailler Vertrages stammenden französischen Vormachtstellung an und wollte den ehemaligen deutschen Kriegsgegner in seiner Entwicklung begrenzen. Sie gründeten ihr Konzept auf ein angeblich pan-germanistisch ausgerichtetes Deutschland, das unwandelbar von einem aggressiven Eroberungswillen und vor allem durch einen „Militär- und Herdengeist“<sup>14</sup> geprägt sei. Auf der anderen Seite vertrat die politische Linke ein Konzept der *deux Allemagnes*. Danach stand das militärisch-autoritär geprägte

**Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand in beiden Ländern eine eher integrierende als ablehnende Wahrnehmung. Dazu trug besonders der Ost-West-Konflikt bei, der Deutschland und Frankreich in das westliche Lager führte.**

Deutschland des Krieges dem Vorkriegsdeutschland mit seinen historischen Wurzeln in der europäischen Aufklärung und der deutschen Klassik gegenüber. Insofern strebte diese Gruppe einen politischen und wirtschaftlichen Interessenausgleich an, um Deutschland eine Rückkehr zu den Werten der deutschen Vorkriegszeit zu ermöglichen. Bis 1945 diente die jeweilige Nachbarnation aufgrund der häufigen Kriege als eine Art „Kontrastfolie“<sup>15</sup> für die Eigenschaften, die man für die jeweils eigene Nation beanspruchen wollte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand in beiden Ländern eine eher integrierende als ablehnende Wahrnehmung. Dazu trug besonders der Ost-West-Konflikt bei, der Deutschland und Frankreich in das westliche Lager führte. Das französische Deutschlandbild war jedoch in den fünfziger Jahren von Ambivalenz geprägt. Sie äußerte sich sowohl in dem Willen, den *danger allemand*, also den unberechenbaren deutschen Nachbarn, zu kontrollieren, ihn aber auch in die europäische Integration einzubinden.

14 | Bock (2008), 726.

15 | Ebd., 725.

Letzteres entsprach dem damaligen deutschlandpolitischen Leitsatz Frankreichs, „Kontrolle durch Integration“.<sup>16</sup> Die Sorge vor der Unberechenbarkeit des Nachbarn gründete auf dem so genannten Rapallo-Komplex und sicherlich überbewerteten neonazistischen Tendenzen. Die skeptische Haltung der Bevölkerung konnte jedoch durch die zunehmenden zivilgesellschaftlichen Begegnungen und den Dialog in den siebziger Jahren abgebaut werden.

In den achtziger Jahren wandelte sich die Befürchtung der Medien vor einem zu starken Deutschland zur Sorge um einen zu schwachen deutschen Nachbarn. Ein in französischen Augen latenter Pazifismus und der Geburtenschwund wurden auf französischer Seite mit Befremden zur Kenntnis genommen: „Das ‚romantische‘ Deutschlandbild war also wieder angesagt, diesmal aber weniger als Objekt der Sehnsucht oder puren Faszination, sondern als Stein des Anstoßes oder als Quell der Sorge.“<sup>17</sup>

**Vor allem die geografische Dimension der Wiedervereinigung sorgte für mancherlei Verzerrungen und schien historische Erinnerungen an das Bismarck-Reich zu wecken.**

Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer fiel, reagierte die französische Bevölkerung mit aufrichtiger Anteilnahme, was nicht der eher ambivalenten Reaktion der französischen Medien entsprach. Nach einer anfänglichen Phase der Sympathie verwiesen besorgte Kommentare auf eine Verschiebung des europäischen Gleichgewichts und das mögliche Entstehen eines „Groß-Deutschlands“, eines „Wirtschaftsimperiums“ und eines „politischen Riesen“.<sup>18</sup> Vor allem die geografische Dimension der Wiedervereinigung sorgte für mancherlei Verzerrungen und schien historische Erinnerungen an das Bismarck-Reich zu wecken. Frankreich wünschte einen „kontrollierten, langfristigen Übergang“<sup>19</sup>, um bei der damals noch nicht einschätzbaren europäischen Neuordnung nicht an den Rand gedrängt zu werden.

16 | Vgl. Bock (2008), 727.

17 | Ingo Kolboom, *Vom geteilten zum vereinten Deutschland. Deutschland-Bilder in Frankreich* (Bonn: Europa Union Verlag, 1991), 39.

18 | Vgl. Kolboom (1991), 44.

19 | Ebd., 45.

Andererseits sah Paris realistisch die enormen finanziellen Schwierigkeiten und Herausforderungen, die für Deutschland mit der Wiedervereinigung verbunden waren. Die beachtliche Verbesserung der französischen Außenhandelsbilanz nach der Wiedervereinigung dank hoher Exporte in die ehemalige DDR gab dem Wunsch nach einer wirtschaftlich stabilen Bundesrepublik erneut Aufwind.<sup>20</sup> Gleichzeitig bestand kein Zweifel mehr an der deutschen Westbindung. All dies trug zu einem weitgehend normalisierten Deutschlandbild bei, das von freundlicher Zustimmung, verstärkter Neugier und dem Bewusstsein geprägt war, Gemeinsamkeiten zu haben.<sup>21</sup>

Es wird von deutscher Seite allerdings in Frage gestellt, ob dieses positive Bild tatsächlich zu einem tieferen Verständnis des deutschen Nachbarn und seiner Kultur geführt habe.<sup>22</sup> Dennoch bleibt die Einschätzung positiv: „Dass sich die meisten Befürchtungen, die gerade auch die französische Presse während der Wiedervereinigung und in deren Folgejahren artikulierte, nicht bestätigt haben, veränderte das Bild und wird langfristige Wirkungen hervorbringen.“<sup>23</sup>

Wie sehr sich jedoch bereits vor der Wiedervereinigung das Deutschlandbild der französischen Bevölkerung geändert hatte, zeigte eine Umfrage des Institut français d'opinion publique (Ifop) vom Februar 1989. Danach gaben nur 25 Prozent der Franzosen an, mindestens einmal vier aufeinander folgende Tage in Deutschland verbracht zu haben. Von den Befragten, die zuvor noch nicht in der Bundesrepublik waren, bewerteten nur 37 Prozent einen Besuch als interessant, 56 Prozent als überhaupt nicht. Bei Fragen zu gebräuchlichen Assoziationen zu Deutschland standen Feindbilder von einst bereits weit unten in der Rangliste und ein Vergleich der französischen und deutschen Kultur förderte ein relativ ausgewogenes Meinungsbild zutage, was nach Kolboom sowohl einer fortschreitenden

**Erfreulicherweise nimmt die französische Bevölkerung Deutschland nicht mehr als Bedrohung oder als undemokratischen Staat wahr.**

20 | Vgl. Cary von Buttlar, *Das vereinigte Deutschland in der überregionalen Presse Frankreichs 1989 bis 1994. Kontinuität und Wandel französischer Deutschlandbilder* (Berlin: Duncker & Humblot, 2006), 211 f.

21 | Vgl. Kolboom (1991), 62.

22 | Ebd., 63.

23 | von Buttlar (2006), 344.

Banalisierung der Deutschlandwahrnehmung als auch einer Europäisierung französischer Mentalitäten Rechnung trägt.<sup>24</sup>

Erfreulicherweise nimmt die französische Bevölkerung Deutschland nicht mehr als Bedrohung oder als undemokratischen Staat wahr: „Heute scheint das eher negative Alt-Bild vom Nachbarn in der breiten Öffentlichkeit so sehr ein Relikt der Vergangenheit zu sein, dass neue Generationen Mühe haben zu begreifen, warum da eigentlich in der Vergangenheit eine Gegnerschaft bestanden hatte.“<sup>25</sup>

### **AUSWEITUNGSMÖGLICHKEITEN DER ZUSAMMENARBEIT**

„In einer Welt, in der neue globale Akteure zunehmend selbstbewusst agieren, sind wir überzeugt, dass eine möglichst enge deutsch-französische Partnerschaft für unsere beiden Länder und für Europa von höchster Bedeutung ist.“<sup>26</sup> Dies ist der Leitgedanke der deutsch-französischen Agenda 2020, die im Februar 2010 vom 12. Deutsch-Französischen Ministerrat in Paris vorgestellt wurde. Beide Länder haben dabei ein besonderes Augenmerk auf die Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise und die Wiederherstellung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums gelegt. Die Agenda beschreibt zum Teil detailliert künftige Maßnahmen in den Bereichen

- Wirtschaft, Finanzen, Beschäftigung;
- Energie, Klima, biologische Vielfalt;
- Wachstum, Innovation, Forschung, Bildung;
- Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik;
- engere Kontakte zwischen den Bürgern und
- institutioneller Rahmen.

24 | Genauer zu den Umfrageergebnissen vgl. Ingo Kolboom, „Ist der Teufel deutsch? – Sorgen und skeptischer Konsens in Frankreich. Deutschlandbilder der Franzosen: Der Tod des ‚Dauerdeutschen‘“, in: Günter Trautmann (Hrsg.), *Die hässlichen Deutschen? Deutschland im Spiegel der westlichen und östlichen Nachbarn* (Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1991), 223 ff.

25 | Kolboom (Darmstadt, 1991), 219.

26 | O.A., Deutsch-Französische Agenda 2020, [http://bundesregierung.de/nn\\_774/Content/DE/Artikel/2010/02/2010-02-04-deutsch-franzoesische-agenda-2020.html](http://bundesregierung.de/nn_774/Content/DE/Artikel/2010/02/2010-02-04-deutsch-franzoesische-agenda-2020.html) [17.06.2010]

Hervorzuheben ist der Wille einer Intensivierung der deutsch-französische Zusammenarbeit auf EU-Ebene. Auf den ersten Blick mögen die benannten sechs Aktionsfelder recht breit gefächert scheinen, aber sie benennen doch alle Bereiche, in denen Deutschland und Frankreich Kommunikations- bzw. Kooperationsdefizite aufweisen.

Als weitere wichtige Zukunftsbereiche deutsch-französischer Initiativen sehen die Autoren der KAS/Ifri-Studie *Deutschland – Frankreich: Fünf Visionen für Europa* die Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Industrielle Zusammenarbeit, die Energiepolitik, eine Interparlamentarische Zusammenarbeit im Rahmen des Vertrags von Lissabon sowie die Außen- und Sicherheitspolitik an<sup>27</sup>. Bei der Wirtschafts-

**Im Rahmen der G20 sollten sich Deutschland und Frankreich für eine bessere Behandlung globaler Ungleichgewichte und eine intensivere Steuerung der Wechselkursentwicklung einsetzen.**

und Finanzpolitik, so die Autoren Jacques Mistral und Henrik Uterwede, drängt sich vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise eine verstärkte deutsch-französische Zusammenarbeit als Krisenlösung auf. So sei eine haushaltspolitische Abstimmung zwischen Frankreich und Deutschland unerlässlich. Sie heben hervor, dass eine Synchronisierung der Zeitpläne der Haushaltsverfahren in beiden Ländern durch gemeinsame Treffen der Ministerien und der Parlamente sowie eine pragmatische Rückkehr zur Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nötig seien. Es gelte ebenfalls, geeignete Verfahren und Instrumente zu entwickeln, die es erlauben, die für die Sanierung eines Mitgliedslandes notwendigen Anpassungsmaßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen. Im Rahmen der G20 sollten sich Deutschland und Frankreich für eine bessere Behandlung globaler Ungleichgewichte und eine intensivere Steuerung der Wechselkursentwicklung einsetzen. Schließlich ist es wünschenswert, dass sich Paris und Berlin mit der Frage einer finanziellen Infrastruktur, die für Europa erforderlich ist, auseinandersetzen.

Die folgende Darstellung lehnt sich an Stark (2010), 10-16 an.

Eine bessere Zusammenarbeit im Bereich der Industrie- und Technologiepolitik könnte die europäische Wirtschaftsposition optimieren. Dafür ist jedoch auch eine Harmonisierung von nationalen Rechtsvorschriften, auch für außereuropäische Investitionen, notwendig. Der

27 | Die folgende Darstellung lehnt sich an Stark (2010), 10-16 an.

Autor, Louis-Marie Clouet, schlägt im Zusammenhang mit einem notwendigen deutsch-französischen Industrie- und Technologiedialog die Einrichtung eines entsprechenden Beraterstabes in Kanzleramt und Élysée vor. Parallel dazu wäre zu empfehlen, dass Deutschland und Frankreich in enger Zusammenarbeit neue Rüstungsprogramme entwickelt, die einen strukturierenden Nebeneffekt für die europäische Industrie und die nationalen Streitkräfte haben könnten. Dabei sei es wichtig, das Prinzip des *juste retour* hinter sich zu lassen und eine Spezialisierung jenseits von nationalen Proporzüberlegungen voranzutreiben. Nicht zuletzt brauchen Deutschland und Frankreich eine gemeinsame Technologiepolitik.

**Hinsichtlich der Frage der Versorgungssicherheit sollten beide Länder die Verbesserung der ukrainischen Transit-Strecke als Priorität ansehen. Außerdem müssten beide Länder auf eine Revision der Energiecharta hinwirken.**

Im Bereich der Energiepolitik schlägt die Autorin Susanne Nies ein bilaterales Pionierprojekt ‚Erneuerbare Energien‘ vor. Ebenso bedarf es einer Harmonisierung der Energiesteuern, um die Transparenz der Preise zu verbessern und die Konkurrenz zwischen den europäischen Anbietern zu stärken. Hinsichtlich der vitalen Frage der Versorgungssicherheit sollten beide Länder die Verbesserung der ukrainischen Transit-Strecke als Priorität ansehen. Außerdem müssten beide Länder auf eine Revision der Energiecharta hinwirken, die sowohl die Positionen der Produzenten als auch die der Konsumenten berücksichtige. Bei der Energieeffizienz sollten grenzüberschreitende Initiativen erfolgen.

Die europäische Gesetzgebung bedarf einer engeren Zusammenarbeit der Parlamente Frankreichs und Deutschlands. Die Autorinnen Anne-Lise Barrière und Céline Caro schlagen die Schaffung eines Mechanismus zur gegenseitigen Information und Koordination zwischen den Ausschüssen vor. Dies entspreche auch den Kontrollanforderungen des Subsidiaritätsprinzips durch die nationalen Parlamente, wie sie im Vertrag von Lissabon vorgesehen sind. Diese Maßnahme würde es ermöglichen, gemeinsame parlamentarische Berichte zu verfassen. Darüber hinaus sollten bilaterale Gesetzesinitiativen ausgearbeitet werden, die mit der Anwendung der EU-Richtlinien verbunden sind. Ein abgestimmtes Handeln auf der Gesetzgebungsebene zwischen beiden Parlamenten im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik wäre ebenfalls ein positives Signal im

Hinblick auf die Notwendigkeit einer größeren Abstimmung innerhalb der EU. Ebenfalls wünschenswert wäre ein Austausch zwischen deutschen und französischen Abgeordneten über die Fragen der Information der Bürger zur EU, um die Transparenz und demokratische Legitimität der europäischen Institutionen zu stärken.

Nach Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon müssen Deutschland und Frankreich Pfeiler einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden. Daher sollte auch die Deutsch-Französische Brigade als Teil der ESVP wahrgenommen werden. Es empfehle sich, so der Autor Stephan Martens, eine ständige deutsch-französische parlamentarische Arbeitsgruppe zur Außen- und Sicherheitspolitik einzurichten. Deutschland und Frankreich müssten eine gemeinsame Sprache gegenüber Drittländern entwickeln. Foren wie das Weimarer Dreieck oder der Dialog mit Russland müssten neu belebt und weiterentwickelt werden. Die außenpolitischen Interessen beider Länder seien, sofern sie die Außenpolitik der EU betreffen, identisch. Umso mehr müssten die Prioritäten für die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik definiert werden.

### **AUSBLICK: DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT UND EUROPA**

Seit dem Beginn des europäischen Projektes konnten Deutschland und Frankreich trotz allem immer eine Motorfunktion für Europa einnehmen.

**Ganz im Sinne der Begründer der Versöhnung Charles de Gaulle und Konrad Adenauer ist die deutsch-französische Partnerschaft von gemeinsamen Werten und einer gemeinsamen Verantwortung getragen.**

Dies war möglich, weil die trotz manchmal unterschiedlicher Konzeptionen gefundenen Kompromisse für die übrigen EU-Mitglieder meist akzeptabel waren. So wurden beide Länder ein zentraler Ideen- und Impulsgeber der europäischen Integration. Ihre Fähigkeit, selbst bei Konflikten gemeinsame Lösungen zu finden, war für Europas Entwicklung wegweisend: „Nicht die Divergenzen als solche sind wichtig, sondern der produktive

Umgang mit ihnen, d.h. die Fähigkeit, gegensätzliche Positionen durch geduldige, zähe Arbeit zusammenzuführen.“<sup>28</sup>

So zeigt die Bilanz der bilateralen Beziehungen, dass die deutsch-französische Partnerschaft zwar Turbulenzen und Irritationen, aber auch zahlreiche bemerkenswerte Erfolge erlebte. Was nach dem Ende des Zweiten

Weltkrieges zunächst zaghaft seinen Anfang nahm und durch den Elysée-Vertrag weit-sichtig formalisiert wurde, ist heute zu einer außerordentlich engen und vertrauensvollen Partnerschaft geworden. Ganz im Sinne der großen Staatsmänner und Begründer der

Versöhnung Charles de Gaulle und Konrad Adenauer ist sie von gemeinsamen Werten und einer gemeinsamen Verantwortung getragen. Die deutsch-französi-schen Beziehungen sind daher weder vom europapolitischen Parkett, noch aus der zivilgesellschaftlichen Verflechtung wegzudenken. Bilaterale Projekte und Initiativen trugen zur Dynamik der Zusammenarbeit bei, während gemeinsame Impulse und Interessen entscheidend die europäische Integration bestimmten. In zwei Jahren, am 22. Januar 2013, begeht der deutsch-französi-sche „Ehevertrag“ seinen fünfzigsten Jahrestag. Er gibt Anlass, Bilanz zu ziehen, die Ausgestaltung der weiteren Zusammenarbeit der beiden größten Länder Europas zu überprüfen und die ursprüngliche Vision des Vertrags in die Bedingungen einer veränderten europa- und geopolitischen Welt einzuordnen, vielleicht auch neu zu formulieren.

**Bilaterale Projekte und Initiativen trugen zur Dynamik der Zusammenarbeit bei, während gemeinsame Impulse entscheidend die europäische Integration bestimmten. Am 22. Januar 2013, begeht der deutsch-französi-sche „Ehevertrag“ seinen fünfzigsten Jahrestag.**

Wie in diesem Beitrag dargestellt wurde, sind viele bilaterale deutsch-französi-sche und vor allem europäische Politikbereiche in ihrer Substanz voranzubringen. Vor allen Dingen muss Europa jedoch mit einer Stimme sprechen, wenn es vor dem Hintergrund des dramatischen weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Paradigmenwandels bestehen, seine Interessen wahren und seine Werte aufrechterhalten will. Dies ist in Form der europäischen Nationalstaaten nicht mehr möglich. Das Entstehen der neuen multipolaren

28 | Henrik Uterwedde, „Deutsch-französi-sche Wirtschaftsbeziehungen seit 1945“, in: Ingo Kolboom, Thomas Kotschi und Edward Reichel (Hrsg.), *Handbuch Französi-sch. Sprache, Literatur, Kultur, Gesellschaft. Für Studium, Lehre, Praxis* (Berlin: Erich Schmidt Verlag, 2008), 695.

Ordnung stellt immer mehr die Frage nach der Rolle Europas in der Welt. Darauf hat EU-Kommissar Günther Oettinger im Juni 2010 bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Robert Schuman Stiftung in Paris in beeindruckender Weise hingewiesen. Gerade in Zeiten des Umbruchs ist dazu innere Geschlossenheit, das Hinauswachsen über nationale Interessen und die Akzeptanz eines Gemeinschaftsinteresses notwendig.

Dem deutsch-französischen Tandem kommt dabei eine Führungsrolle zu. Diese wird von Europa akzeptiert und auch erwartet. Beide Länder haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sie diese Verantwortung als historische Aufgabe wahrnehmen. In diesem Sinne haben, wie der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Gert Pöttering, kürzlich bei einem hochrangigen Forum im französischen Parlament ausführte, die verantwortlichen Politiker beider Länder in voller Überzeugung ihr Handeln danach ausgerichtet, dass „nur ein gemeinsamer Weg in die Zukunft führt“.